



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Washington. Man wird kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß die wirklichen Ergebnisse der Konferenz in Washington bereits gesichert sind. Wenn man, wie Harding es pomphaft hat ankündigen lassen, Freilichtdiplomatie treiben will, darf man es nicht auf das Risiko eines Mißerfolges ankommen lassen, denn ein Mißerfolg bedeutet in solchem Falle Krieg. Der einzig Leidtragende wird Japan sein, der Zuschauende, wenn auch diesmal nicht befriedigt einnehmende Dritte England, während Frankreich, das wegen des Mangels einer aktionsfähigen Flotte bei dieser Konferenz eigentlich überhaupt nichts zu sagen hat, helfen muß, den nötigen Friedenswehrauch um sie zu verbreiten. Die gänzlich leeren und mit dem eigentlichen Verhandlungsthema in durchaus keiner Beziehung stehenden Erklärungen, die Briand bis jetzt auf das amerikanische Volk ausgeschüttet hat, lassen deutlich erkennen, daß das auf seine Angst vor Deutschland konzentrierte Frankreich bei den Vorbereitungen der Konferenz so gut wie ausgeschaltet gewesen ist und in der Weltpolitik nur noch sehr wenig zu sagen hat.

Während in Paris und Versailles die Früchte des militärischen Waffenganges unter Dach gebracht wurden, wird in Washington das politische Fazit des Krieges gezogen. Der große Sieger ist Amerika. Ihm ist es gelungen, das englisch-japanische Bündnis zu sprengen, das britische Weltreich in seinem Zusammenhalt zu erschüttern, die politische Aktionsphäre des Monroeprogramms weiter und bestimmter auf Mittel- und Südamerika auszudehnen, der listig von England berechneten Verstrickung in europäischen Kleinhader zu entgehen und sich selbst als maßgebenden Faktor in Rüstungs- und Finanzfragen zu dokumentieren. Es verschlägt wenig für die Anerkennung dieser großen und, wenn man die verwickelte Regierungsmaschinerie der Vereinigten Staaten bedenkt, in einer erstaunlich raschen Zeit erreichten Erfolge, daß sie zum großen Teil auf der abgrundtiefen Dummheit der europäischen Völker beruhen. Man weist jetzt mit Behagen auf die fünf oder sechs Millionen Arbeitslose hin, die Amerika nicht beschäftigen kann, „weil es ihm zu gut geht“. Aber damit sieht man nur einen sehr kleinen Teil des Gesamtproblems. Selbst angenommen, die Amerikaner wären töricht genug, ihren Arbeitslosen die fünflichen Gratifikationen für ruhiges Verhalten zu zahlen, die man ihnen zum Beispiel in Deutschland noch vor Jahresfrist zu zahlen für gut befand, so würde ihnen, auf die Dauer gesehen, diese Unterstützung noch immer weniger kosten als Deutschland der Marksturz, der ihm freilich die Möglichkeit gibt, solange die jetzigen Rohstoffmengen reichen, riesige Geschäfte zu machen, aber doch auch die Freiwilligkeit dieser Geschäfte völlig ausschließt und durch den unabwiesbaren Zwang zu ihrer Effektuierung bei künstlich auf niedriger Fläche erhaltener Lebenshaltung fortdauernden Raubbau an seinen physischen wie geistigen wie moralischen Kräften notwendig macht. Vor allem aber darf man die alte Grundwahrheit nicht übersehen, daß, sowie jemand reich und unabhängig dasteht, ihm auch an ihn herantretende Nötigungen zum Vorteil ausschlagen. Es ist durchaus nicht so, wie hoffnungsvolle Gemüter glauben, daß Amerika eines Tages „mit durchbrechender Einsicht und wachsenden Wirtschaftsnöten“ geballter Faust auf einen Konferenztisch donnern und die Versailler Siegerstaaten mit drohender Stimme auffordern wird, jetzt endlich radikal mit dem Unsinn des Versailler Vertrages aufzuräumen. Sondern Amerika wird ruhig warten, bis diejenigen, die das Feuer am nächsten brennt, selbst wenn es während dieser Zeit selbst ein bißchen schweigen muß, sich an es wenden und sich seine dann gnädigst im eigenen Interesse gewährte Hilfeleistung, durch vorteilhafte Kriegsgeschäfte verwöhnt, sehr teuer mit wirtschaftlichen und vor allem politischen Vorteilen bezahlen lassen. Es wäre töricht, ihm aus dieser Haltung einen Vorwurf machen zu wollen, nicht minder töricht aber, nicht mit dieser in der Richtung des gesunden Menschenverstandes liegenden Entwicklung zu rechnen.

Als oberstes Axiom kann gelten: Amerika will, vorderhand wenigstens, keinen Krieg. Natürlich gibt es drüben wie überall Heißsporne, Fanatiker und Kriegsheger, so gut wie es auch ehrliche und durchaus nicht ganz ohnmächtige Pazifisten gibt. Man wird mit diesen Faktoren rechnen müssen, ohne jedoch ihre Aktionskraft zu überschätzen. Im Durchschnitt ist man drüben über die reizenden Fortschritte, die infolge des Krieges der Sozialismus gemacht hat, furchtbar erschrocken gewesen. Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten ist zwar noch immer keine Macht, aber man muß doch fürchten, daß er, verbunden etwa mit der durch den Krieg gleichfalls verschärft hervorgetretenen Regerfrage, und eines schönen Tages vielleicht durch ehrgeizige politische Führer benutzt, einmal Macht erlangen kann, und man hat am Beispiel Europas lernen können, daß nichts die soziale Frage so akut hervortreten läßt, den Massen selbst ihre Massenkraft so eindringlich vor Augen führt, wie gerade ein alle Kräfte der Nation in Anspruch nehmender Krieg, ganz gleich ob er glücklich oder unglücklich endet. Aber es ist doch ein großer Unterschied für die politische Aktionskraft eines Staates, ob er einen Krieg nicht will, weil er ihn nicht führen kann, oder ob er ihn vermeiden will, weil er die erhofften Ergebnisse auf anderem Wege sicherer und reibungsloser zu erreichen glaubt. Amerika braucht den Krieg nicht. Das englisch-japanische Bündnis bricht entzwei, weil England nicht das Risiko übernehmen kann und will, sich um Japans willen in einen neuen Krieg mit Amerika einzulassen, den es augenblicklich nicht führen kann, der alle im Kriege mit Deutschland errungenen Vorteile aufs Spiel setzen und der von Kanada, Australien und Neuseeland, wenn überhaupt, nur widerwillig mitgemacht werden würde. In welchem Maße es England peinlichst vermeidet, bei Amerika anzustoßen, erhellt aus der Tatsache, daß die unlängst durch den amerikanischen Senat erfolgte Aufhebung des 1902 abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrages, der die Gleichberechtigung englischer und amerikanischer Schiffe im Panamakanal festsetzte, in England trotz beträchtlicher Schädigung überhaupt nicht kommentiert worden ist.

Japan aber ist einem wenn vielleicht nicht der Rüstung so doch den Machtmitteln nach weit überlegenen Gegner gegenüber isoliert. Man kann nicht sagen, daß es von dieser Entwicklung überrascht worden ist. Schon während des Krieges hat es, die spätere Haltung Englands flug voraus berechnend, mit Rußland Defensivverträge geschlossen, die ihrem Inhalt nach nur gegen Amerika gerichtet sein konnten. Es hat das Unglück gehabt, daß sein Vertragsgegner, die Zarenregierung, mit Tod abging, und hat sich, wie alle europäischen Völker durch innere Gärung erschreckt und durch die falsch berechneten Möglichkeiten riesiger wirtschaftlicher Eroberungen verführt, nicht entschließen können, mit der erbenben Sowjetregierung abzuschließen. Andererseits hat es in begreiflicher Bedenklichkeit und zunächst wohl weil es die Vorgänge der amerikanischen Innenpolitik unrichtig eingeschätzt hatte, alles vermeiden wollen, was die Auflösung des Bündnisses durch den englischen Verbündeten direkt hätte provozieren können und daher in China alle Feindschaft gegen sich gezogen, die, vielfach auf amerikanischen Antrieb, sonst allein gegen England sich gerichtet hätte. Diese Mißerfolge sind zurückzuführen einmal auf die an sich nur beschränkte Kraft eines rasch wachsenden aber doch immer noch relativ kleinen Landes, dann aber auf die lebhaft an das Deutschland vor dem Kriege erinnernde Vielfältigkeit und daraus entstehende Zersplitterung seiner politischen Bestrebungen und den Mangel einheitlicher durchschlagender Kraft. Es ist immer dasselbe Bild. Alles will man erobern oder sich wirtschaftlich dienstbar machen: Sibirien, Mandschurei, China, die Philippinen, Südamerika, Mexiko, Kalifornien und dazu die notwendig gewordene Rüstung aufrecht erhalten und ausbauen. Sowie aber die Regierung Wiene macht auf eines dieser Teile, wenn auch nur zeitweilig, zu verzichten, regen sich sofort die gerade daran interessierten Kräfte, um die Regierung unzerzeihlicher Schwäche anzuklagen. Das an dem Ministerpräsidenten Sara verübte Attentat hätte nicht so großes Aufsehen erregen können, wenn es nicht blitzartig die Unsicherheit des Bodens, auf den Japans Macht sich gründet, erhellte.

Sowie sich also Japan zu einem Zeitpunkt, den es infolge dieser inneren Unsicherheit nicht hatte wählen können, isoliert sah, hat es nichts unterlassen, große Gesten unbedingtester Friedfertigkeit zu machen, aus deren Eifertigkeit man jedoch keineswegs auf ihre Aufrichtigkeit oder auch nur Durchführbarkeit schließen darf. Die Aufgabe Sibiriens ist schon mehr als einmal beschlossen worden, eine Beschränkung oder Verlangsamung des Flottenbaues kann Japan nur recht sein, da es sich dann dem Ausbau seiner Luftstreitkräfte zuwenden kann und die Entfestigung der strategischen Positionen bietet allzu viele Möglichkeiten, das Befestigungssystem grundlegend zu modernisieren, als daß man sie nicht gerne annehmen sollte. Andererseits hat man sich japanischerseits sofort bemüht, die Chinesen durch Konzessionen in Schantung und der Mandchurei zu gewinnen. Aber das zu beträchtlichem Teil selbstverschuldete Unglück Japans will, daß es „die“ Chinesen eben gar nicht gibt. Der seit drei Jahrzehnten gegen China gerichtete japanische Imperialismus hat solange zur inneren Verfestigung des Reiches der Mitte beigetragen und, soweit andere dazu geholfen haben, von deren Erfolgen so weitgehend profitiert, daß jetzt auch andere die Früchte dieser Verfestigungsarbeit pflücken und sie zum Schaden Japans selber auszunützen vermögen. Selbst wenn heute die nordchinesische Regierung die Konzessionen Japans dankend entgegennehmen würde, was sie nicht tut, um ihre innere Stellung nicht noch mehr zu gefährden, wäre immer noch Südhina da, dem durch Amerika der Rücken gesteuert wird. Und die Panasiatenbewegung ist sowohl in Japan, wo ihre Notwendigkeit sich erst einen kleinen Teil der Politiker erschlossen hat, wie in China noch nicht mächtig genug, um die natürlichen Gegensätze zwischen den beiden gelben Mächten schwinden zu lassen, genau so wenig wie bis jetzt Frankreich und Deutschland über den Erfordernissen der europäischen Gesamtlage ihre Feindschaft zu überwinden vermögen.

Da aber gerade England es ist, das, aus amerikanischer Interessensphäre verdrängt, Europa mittels des Völkerbundes unter seine Vormundschaft zwingen möchte, so tun, um dieser Vormundschaft zu entgehen, und einen Rückhalt an Amerika zu gewinnen, die Franzosen das Menschenmögliche, die Amerikaner in Europa festzulegen. Soweit man sieht, bis jetzt ohne jeden Erfolg. Man will auf keinen Vorteil aus dem Kriege verzichten, aber man entzieht sich allen Verpflichtungen. Man spart nicht mit Freundschaftsversicherungen, man hütet sich vor Bindungen. „Je weniger ihr erlangt, desto fester könnt ihr auf uns zählen“, wird den Franzosen gesagt. Man lacht über Frankreich, das sich einerseits rühmt, die Welt vor der deutschen Barbarei „errettet“ zu haben und im bengalischen Kriegsfeuer seines Sieges prangt, andererseits bei jeder Gelegenheit mit der deutschen Gefahr treiben geht. Man lacht darüber, aber man ist froh, daß man die maßlose Eitelkeit der Franzosen dazu benutzen kann, die Beobachtung der wirklichen Vorgänge unter den reichen Taffaden der Marschallempfänge, der Freundschafts- und Friedfertigkeitserklärungen zu verstecken. Menenius

